



Die Kunden sind für Großeinkäufe gerüstet. 2250 Einkaufskarten gab der Sozialmarkt für Menschen mit knappen Budgets aus.

Foto: Murauer

## „Ich komme mir vor wie ein Bettler“

Drei Menschen, drei Schicksale – nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Alltag im Innsbrucker Sozialmarkt.

Von Miriam Sulaiman

**Innsbruck** – Sie steht mit einem alten Koffer vor der Tür. Und wartet. Wartet darauf, dass der Sozialmarkt öffnet. Die 68-Jährige kommt einmal in der Woche. Etwas anderes kann sie sich nicht leisten. „Vom Geld meines Mannes lebe ich halt. Ich kriege keine Unterstützung. Die haben mich sogar blöd angeredet. Richtig blöd angeredet. Ich hätte doch arbeiten sollen. Das habe ich ja gemacht“, schüttelt die Innsbruckerin den Kopf. Nur versichert worden sei sie nie. Das hat sie nicht gewusst. „Die Politiker, die können ja alle leicht reden. Die haben ein doppeltes Gehalt. Helfen tun die doch nicht, die lachen einen nur

aus. Ich muss dann zu meinem Mann, der is so schlecht beinand, dass ich nicht weiß, ob er die nächsten Stunden no lebt“, sagt sie, während ihr die Tränen kommen. Als sich die Türen öffnen, ist sie die Erste. Und sichert sich gleich Brot. Noch weniger von den Politikern hält ein 61-jähriger Innsbrucker: „Ich habe mein Lebtage lang gearbeitet und hatte dann einen Arbeitsunfall. Nun lebe ich von 19 Euro am Tag. Gott sei Dank, trinke ich nichts mehr. Das kannst du dir sowieso abschminken.“ 590 Euro erhält er in der Notstandshilfe, die Wohnung kostet ihn 160 Euro, 59 der Strom. Wenn er alles abrechne, bleiben keine 300 Euro. „Als ich einmal um Unterstützung angesucht habe, habe ich 30 Euro

erhalten. Und einmal einen Essensgutschein von 10 Euro. Da kommt man sich vor wie ein Bettler“, schüttelt er den Kopf. „Ich muss schnell zum Kas, sonst krieg ich keinen mehr“, geht er weiter. Michaela Landauer, die Geschäftsführerin des Sozialmarktes, kennt die Schicksale: „Es ist erschütternd, was man hier miterlebt. Oftmals haben die Leute kein Geld wegen bürokratischer Hürden, obwohl es eindeutige Fälle sind.“ Wie etwa bei der 25-jährigen Mutter zweier Kinder. Sie ist krebserkrank, hat einen schwer behinderten Sohn und eine Tochter. Sie erhielt für zwei Monate kein Pflegegeld. Weil sie im Krankenhaus lag und so Fristen für eine Neueinstufung verpasst hat, stehe sie nun oh-

ne Geld da. „Ich habe die Miete nicht zahlen können. Und hier habe ich angeschrieben. Ich hoffe aber, dass ich das Geld so schnell wie möglich bekomme“, erklärt sie. Gelebt hat sie von den Alimenten: 340 Euro. 515 Euro an Pflegegeld würde sie noch erhalten. Die Wohnung alleine kostet 400 Euro. Mietzinsbeihilfe erhält sie zwar, „aber für alles andere muss ich betteln gehen. Schienen kosten etwa 1300 Euro. Ein neuer Rollstuhl 4000 Euro. Da bleibt immer ein Selbstbehalt über“, sagt sie. Deshalb ist die junge Mutter froh, dass Freunde einen Charity-Event organisiert haben. Auf Unterstützung von ihren Eltern kann sie nicht hoffen. Sie hat keine mehr. Am Ende lebe sie von rund 200 Euro im Monat. Was sie sich wünschen würde, wenn sie einmal Geld hätte: „Einen Urlaub. Ich habe Flugzeuge bisher nur von außen gesehen.“

## 95.000 Tiroler in Armutsfalle

Die Zahl der Armen steigt an. 30 Millionen Euro stellte das Land für Menschen in Notlagen zur Verfügung.

**Innsbruck** – Zahlen sprechen eine eigene Sprache. So sind etwa, wenn es nach dem Land geht 78.800 Tiroler armutsgefährdet, wenn es nach dem ÖGB geht 95.000. Das mittlere Haushaltseinkommen liegt mit 15.800 € netto im Jahr um 3,4% unter dem Österreichschnitt. Wer mit weniger als einem Jahresnettolohn von 9809 € auskommen muss, der lebt unter der Armutgefährdungsschwelle. Für den Autor der ÖGB-Studie, Andreas Höfel, dreht sich die Spirale in Tirol weiter nach unten. Einerseits habe Tirol nämlich die dritthöchste Armutgefährdungsquote in Österreich, andererseits die dritthöchsten Lebenshaltungskosten.

Das Land unterstützte im Vorjahr unter dem Titel Grundsicherung rund 10.700 Personen, im Jahr zuvor waren es noch 10.211. Dazu kommen 200 Härtefälle im Grundsicherungsfonds und 3500 Bedürftige im Kriegssopfer- und Behindertenfonds. So verweist LR Gerhard Reheis auf insgesamt 30 Mio. €, die Menschen in Notlage zur Verfügung gestellt wurden.

250.000 € schüttete die AK über ihren Hilfsfonds aus. Der Verein „Rettet das Kind“ half im Vorjahr 3281 Kindern mit 238.000 €, ein Jahr zuvor brauchte es noch 202.000 € für 2788 Kinder. Über 1000

Menschen suchten im „Dowas“ Rat. 252 Delogierungen wurden im Vorjahr durchgeführt. 800 Personen, der Strom wegen Zahlungseingüssen abgestellt. Und die Liste lässt sich fortsetzen. Gerade vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosenzahlen – mit Ende Jänner ein Plus von 6,8 % mit 21.271 Arbeitslosen und ein Plus von 67,2 % mit 2759 Personen in Weiterbildungsmaßnahmen.

Dass die Leute Arbeit haben, dass ist auch das Wichtigste für Reheis: „Man kann nicht immer hergehen und nach

Man kann nicht immer nach noch mehr Sozialleistungen rufen. Das soziale Netz muss passen. Und es ist wichtig, dass die Leute Arbeit haben.“

LR Gerhard Reheis

noch mehr Sozialleistungen rufen. Das soziale Netz muss passen. Und dann sei es das beste Mittel, die Menschen in Arbeit zu bekommen. Die Wirtschaft muss daran auch Interesse haben.“ Die Angst der Vereine, dass sich mit der neuen Grundsicherung die Situation verschlechtere, teilt er übrigens nicht: „Wir sind gerade dabei, alles auszurechnen.“ (mir, wareb)



Rund 800 Personen wurde im Vorjahr der Strom abgestellt. Rund 19.000 haben Anspruch auf Heizkostenzuschuss.

Foto: Böhm

## Frühwarnsystem soll genutzt werden

Für den Caritas-Chef gibt es genügend Brandmelder, doch die Löscher fehlen. Sozialvereine fordern Mindestsicherung von 950 Euro.

### Auszug Maßnahmen

**Pendlerunterstützung:** Für die Jahreskarte müssen die Pendler umgerechnet nur acht Monate zahlen.

**Heizkostenzuschuss:** Das Land hob den Heizkostenzuschuss von 150 auf 200 € an. Für Härtefälle wurden 500.000 € bereitgestellt.

**Winterbauförderung:** Um die Arbeitslosigkeit in Tirol im Winter möglichst gering zu halten, stellte die Landesregierung 2 Mio. € als Winterbauförderung zur Verfügung.

**Kinderregress:** Seit dem Jänner 2009 müssen Kinder keinen Zuschuss mehr für die Heimkosten ihrer Eltern leisten.

**Solidaritätsfonds:** In diesem Jahr liegen darin 8,6 Millionen Euro.

**Innsbruck** – Die soziale und wirtschaftliche Situation soll kommenden Dienstag bei einem Sozialpartnerggespräch mit dem Landeshauptmann beleuchtet werden. Caritas-Chef Georg Schärmer sprach bereits mit ihm: „Zuerst einmal muss für mich ein Wahrnehmungsbericht gemacht und dann geschaut werden, wo wer etwas beitragen kann.“ So setzt er sich für ein besseres Zusammenspiel von Banken und öffentlichen Institutionen ein. „Wir haben die Brandmelder installiert, es geht darum, das System zu nützen und die Brände zu löschen.“ So würden die Unternehmer etwa über Lohnpfändungen sehen, wenn ein Mitarbeiter Probleme hat. „Er kann ihm jemanden aus dem Rechnungswesen zur Seite stellen und helfen, die Situation wieder in den Griff zu be-

kommen“, schlägt er vor.

Seine Sicht der Lage soll heute AK-Chef Erwin Zangerl dem Landeschef darlegen. „Es braucht aber eine Helferkonferenz. Denn es ist ja nett, wenn das Land Lärmschutzwände baut. Aber wenn die Leute dahinter delogiert werden, nützt das nichts.“ So investiere man etwa 10 Mio. € in die Wirtschaft, am Ende komme aber nichts bei den Leuten an.

Dass es hinten und vorne fehle, erklärt auch Barbara Hellweger-Schiestl vom Verein „Rettet das Kind“: „Als Erstes gehören die Schulskurse abgeschafft. Sie tun

vielleicht der Wirtschaft gut, aber nicht meinen Familien. Von dem Geld kann sich eine Familie drei Wochen ernähren.“ Sie half mit Lebensmittelgutscheinen von 64.000 € in Notfällen sofort aus. Das Land sei hier weniger flexibel, kritisierte sie lange Wartezeiten auf die Sozialhilfe.

Der neuen Grundsicherungs-Struktur ab September sehen die Sozialvereine noch kritischer entgegen. Helmut Kunwald vom SPAK (Sozialpolitischer Arbeitskreis) erklärt: „Der Standard soll österreichweit dann bei 744 Euro liegen. Als Wohnungskosten gelten davon 190 Euro. Allein eine Garconniere in Innsbruck kostet aber 440 Euro.“ Man könne nicht alle Länder über einen Kamm scheren, betont er und fordert für die Grundsicherung die EU-Mindestgrenze von 950 Euro ein. (mir)



Notfallmelder gibt es genügend. Wie etwa die Lohnpfändungen. Foto: Böhm

### Auszug Forderungen

**Mietzinsbeihilfe:** Eine einheitliche Mietzinsbeihilfe soll geschaffen werden. Die Gemeinden sollen die Antragssteller nicht kennen.

**Information:** Eine breitere Information und Hilfe aus einer Hand sei notwendig. Speziell in den Bezirken fehle es an Einrichtungen.

**Brandlöscher:** Es gebe viele Anzeichen, bevor Leute wirklich in Armut geraten. Statt einem sozialen Netz brauche es letztlich ein Trapez, um herauszukommen.

**Entbürokratisierung:** Lange Wartezeiten für Förderungen werden kritisiert.

**Arbeitslosengeld:** Eine Aufstockung des Arbeitslosengeldes steht auf der Liste.